

# 60 Jahre Baden-Württemberg

Genau vor einem Jahr nahm ich das erste Mal Platz im Plenarsaal des Landtages von Baden-Württemberg, 59 Jahre nach Gründung des Südweststaats. Blick zurück auf das letzte Jahrhundert: Politiker aus Württemberg und Baden übernehmen in der Weimarer Republik bedeutende Aufgaben. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert aus Heidelberg wurde 1919 zum ersten Präsidenten der Weimarer Demokratie gewählt. Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger aus dem württembergischen Buttenhausen wurde Minister unter Reichskanzler Philipp Scheidemann (SPD) in der sogenannten Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten, katholischem Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Der in Ulm geborene Physiker Albert Einstein war zeitweise Mitglied der DDP. Erzberger wurde bereits 1921 von einem Rechtsextremisten feige ermordet. Der frühe Tod von Friedrich Ebert 1925 schwächte die junge Demokratie. Einstein wurde 1934 von den Nazis „strafausgebürgert“, nachdem Reichspropagandaminister Goebbels bereits am 10. Mai 1933 die Schriften Einsteins öffentlich verbrennen ließ.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galt es unser Land neu aufzubauen. Zunächst bildeten sich die Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und (Süd-)Baden.

1946 boten die Alliierten einem großen Sozialdemokraten an, Ministerpräsident von Württemberg-Baden zu werden. Den früheren Stuttgarter Landtags- und Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher zog es aber in die Bundespolitik. Erster Ministerpräsident von Württemberg-Baden wurde der Schorndorfer Reinhold Maier von der DVP, der späteren FDP/DVP. Maier führte eine Allparteien-Nachkriegskoalition aus DVP, SPD und CDU an.

1951 gab es die erste Volksabstimmung in unserem Bundesland: Sollten die drei gebildeten kleinen Länder zu einem Süd-

weststaat zusammenwachsen? Kanzler Adenauer war gegen die Südweststaatsgründung, er fürchtete um seine Mehrheit im Bundesrat.

Die Bürgerinnen und Bürger gaben aber ein klares Signal für die Fusion: 93,5 Prozent der Nordwürttemberger, 91,4 Prozent der Hohenzollerner und 57,1 Prozent der Nordbadener stimmten für den Zusammenschluss. Die Südbadener stimmten mit 62,2 Prozent gegen die Fusion – zu groß war die Sorge vor einer Zentralisierung in Stuttgart. Die Bildung der vier Regierungsbezirke in Baden-Württemberg verteilte die Macht in unserem Land. Bei einer zweiten Volksabstimmung 1970 stimmten dann auch die Südbadener für das Bindestrich-Bundesland. Die erste Regierung in Baden-Württemberg bildeten 1952 DVP, SPD

und der Bund der Heimatvertriebenen unter Führung von Reinhold Maier (DVP) und des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Hermann Veit (SPD), der auch Wirtschaftsminister war. Das Wirtschaftsministerium wurde immer wieder von Sozialdemokraten geführt: Hermann Veit bis 1960, Hans-Otto Schwarz (1966 bis 1972), dem Backnanger Dieter Spöri (1992 bis 1996) und seit dem 12. Mai 2011 von Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid.

Keine Frage: Unser Bundesland wurde stark geprägt von der CDU, die 58 Jahre lang den Ministerpräsidenten stellte. Wir Sozialdemokraten haben uns immer wieder bereit gezeigt, Regierungsverantwortung mit anderen demokratischen Parteien zu tragen. Dabei ist die SPD die einzige Partei die schon mit allen anderen demokratischen Parteien koalitiert hat: mit dem BHE, der CDU, der FDP/DVP und mit den Grünen. Demokratie lebt auch von der Teilung der Macht und der Verleihung von Macht und Verantwortung auf Zeit.

... der  
Landtags-  
abgeordnete  
Gernot Gruber

